

Josef Frey: An das erweiterte Z.K. der KPÖ, 20.9.1926

5 Seiten, Faksimile

---

An das erweiterte Z. K.

Werte Genossen !

Ich erlaube mir, Eure Aufmerksamkeit auf folgende Tatsachen zu lenken : In dem parteigerichtlichen Verfahren, welches am 21./VII. gegen mich eingeleitet wurde, wurden folgende Mittel <sup>H.</sup> angewendet:

1.) Aufmarschieren eines fabrizierten Zeugen (Beweis : Protokoll, <sup>Original =</sup> ~~teilweises~~ Dokument in meinen Händen ).

2.) Der Kronzeuge selbst teilte dem Parteigericht schriftlich mit : "Dass Genossen, die sich im Hintergrund halten, ihn als Prellbock benutzen !" (Siehe Protokoll. . . . . ). Wer sind diese Genossen, ~~die~~ <sup>die</sup> sich im Hintergrunde halten und einen Kronzeugen als Prellbock benutzen ?

3.) Beinflussung des Kronzeugen durch das Z.K.- Mitglied D o n a u e r : der Kronzeuge gibt an, dass das Z.K.-Mitglied Donauer <sup>ihn</sup> in seiner Eigenschaft als Zeuge während des schwabenden Verfahrens versucht hat, ~~ihn~~ <sup>vor</sup> zu bearbeiten, zu beeinflussen, fortwärtszupeitschen und dass Donauer ihn zu diesem Zwecke, u.z. während des schwabenden Verfahrens, wiederholt in seiner Wohnung aufgesucht hat.

4.) Das Parteigericht hat mich als Beschuldigten über eine Tatsache, die für meine Verteidigung von entscheidender Bedeutung war, bewusst irreführt, indem es mir, die Tatsache verheimlichte, dass der Kronzeuge an das Parteigericht einen Brief geschrieben hat, der nichts weniger besagte, als dass der Kronzeuge mit der ganzen Sache nichts zu tun haben will und auch sonst andere ausserordentlich wichtige Angaben enthielt. (S. vorhergehenden Punkt 2). Beweis: das Protokoll.

5.) Das Parteigericht hat nach 4 wöch<sup>ig</sup> ~~igem~~ <sup>igem</sup> Verfahren das Verfahren eingestellt. (14. August.) Sachs Wochen später teilte mir Gen. Benedikt, der Vorsitzende des Parteigerichts, mit, dass Pol-Büro habe als nächsthöhere Instanz die Entscheidung des Parteigerichts umgestossen. In jedem parteigerichtlichen Verfahren ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die nächsthöhere Instanz, wenn Sie die Entscheidung der ersten Instanz umstossen will, dem Beschuldigten die Möglichkeit gibt, sich zu verteidigen. Das Polbüro hat mir keine Möglichkeit, mich zu verteidigen gegeben.

B.

Ich ersuche das erweiterte Z.K. sich mit der Entscheidung des Polbüros zu befassen und hierbei nicht nur die Form des parteigerichtlichen Verfahrens zu überprüfen, sondern auch die Sache selbst. Laut Mitteilung des Vorsitzenden

~~nicht~~ hat das Polbüro entschieden:

1.) In der Frage des angeblich, tätlichen Angriffes: Weiterführung des Verfahrens.

Das parteigerichtliche Verfahren hat ergeben, dass der sogenannte, tätliche Angriff darin bestand, dass ich einen Genossen, der in der Versammlung gegen einen anderen Genossen ein Glas schleudern wollte daran hinderte, indem ich ihm die Arm niederzog und niederhielt. In meiner Hand befindet sich ein Protokoll, indem eine grosse Zahl dabei gewesener Genossen mit ihrer Unterschrift <sup>die Richtigkeit meiner Angabe</sup> bestätigen. Diese Genossen sind als Zeugen noch nicht einvernommen worden.

2.) In der Frage der fünfzig Schillinge: Rüge.

Das Parteigericht gieng bei seiner Entscheidung davon aus, dass in der Sache nur zwei einander widersprechende aber glaubwürdige Zeugen vorhanden sind. Ich habe im Interesse des betreffenden Genossen dazu geschwiegen, da ich der Ansicht war und ~~es heute~~ bin, dass der Genosse sich nicht von unehrenhaften Methoden leiten liess. Ich wünsche auch heute keine Aufrollung der Sache. Aber da das Polbüro die Entscheidung des Parteigerichts, die die Angelegenheit als erledigt erklärte, <sup>(ohne mich gehört zu haben!)</sup> umstösst (und zwar ohne mich gehört zu haben) und mich verurteilt, so bin ich gezwungen darauf hinzuweisen, dass die Aussage meiner ~~Fräulein~~ <sup>Frau</sup> durch zwei weitere einwandfreie, glaubwürdige Zeugen bestätigt wurde, nämlich Hans und Lina Donauer (siehe Protokoll).

Ich stelle fest, dass ich nur deshalb über die Angelegenheit gesprochen, weil ich durch das Verhalten des betreffenden Genossen zu meiner Verteidigung gezwungen war über die Sache überhaupt zu sprechen. ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~

3.) Das Parteigericht hat mich von der Anklage des Fraktionierens freigesprochen.

Das Polbüro hat das <sup>raus</sup> bestätigt. Da ~~es~~ ergeben sich notwendiger Weise Konsequenzen in Bezug auf früher gegen mich gefasste Beschlüsse.

Erweiterung C.

In der vorigen Sitzung des Z.K. wurden zwei Beschlüsse über meine Person gefasst:

1.) Enthebung als Administrationsleiter 2.) Suspendierung als Zentraler Bildungsleiter, Bezirksobmann von Meidling und von allen Parteifunktionen überhaupt. Seit her ist eine gewisse Zeit verflossen, eine ruhige Überprüfung ist möglich.

1.) Das erweiterte Z.K. hat sich damals mit dem Antrag befasst auf Enthebung als Administrationsleiter. Auf ~~meine~~ <sup>meine</sup> zweimalige bestimmte Anfrage, ob auch der andere Antrag (Enthebung von allen Funktionen) zur Debatte steht, damit ich meine Verteidigung auch auf ihn erstrecke, ~~xxxx~~ wurde vom Vorsitzenden Ziegler ausdrücklich verneint. Spät nachts, fünf Minuten vor Schluss der Tagung brachte Genosse Fialla diesen zweiten Antrag dennoch ein und ~~zuerst~~ <sup>dieser</sup> wurde ohne dass ich die Möglichkeit hatte mich gegen diesen zweiten Antrag zu verteidigen angenommen. Ich wurde verurteilt

chre gehört zu wenden! Schon durch diesen schwersten Formfehler allein ist dieser Entscheidung unhaltbar. ~~Das Mindeste ist, dass das Verfahren wiederholt und mir Gelegenheit zur Verteidigung gegeben werden muss.~~

2.) Zur Sache selbst. Zur Begründung des Beschlusses über die Erhebung von allen Funktionen wurde angeführt (Siehe Rundschreiben des Z.K. von 29/5. und durch die Zuschrift des Z.K. an mich 1./6.):

a) Ausstreunung eines unwahren Gerüchtes als Bezirksobmann: Ich stelle fest, dass überhaupt nicht geprüft wurde ob das "Gerücht" wahr gewesen ist oder nicht. Ich stelle unter Beweis, dass ich kein unwahres Gerücht verbreitet, sondern nur

das was Genosse Stachel vor den Stadlauer Vertrauensmännern erklärte kritisiert habe. *Warum wurde gegen den Gen. Stachel kein Parteigericht eingeleitet? Warum wurde er nicht zur Verantwortung gezogen, wenn er ein unwahres Gerücht verbreitet?*

b.) Einige Bildungsreferenten sollen die Bildungsarbeit fraktionell ausgenützt haben. Wenn einzelne Bildungsreferenten die Bildungsarbeit fraktionell ausgenützt haben sollten, so hätte ~~gegen sie~~ <sup>versucht</sup> das Verfahren eingeleitet werden müssen. Das ist nicht geschehen. Wenn deswegen aber ich hätte verurteilt werden sollen, so hätte der Beweis erbracht werden müssen, dass ich die Leute dazu beauftragt habe. Ein solcher Beweis wurde nicht einmal ~~vorgebracht~~ <sup>versucht</sup>. Ich wurde einfach auf Grund einer solchen Behauptung verurteilt.

c.) Ich hätte Bildungsreferenten ohne Zuziehung des Organisationssekretär vermittelt. Ich bin in der Lage dokumentarisch zu beweisen dass das unwahr ist. Nur ein einzig-mal ist es vorgekommen, dass ein in der genehmigten Referentenliste vorgesehener Genosse ~~xxxx~~ sich durch einen anderen vertreten liess: Genosse Pappas der sich durch Genossen Koritschöner in Neunkirchen vertreten liess, weil er verhindert war. Genosse Pappas machte dies nur um die Neunkirchner nicht aufsitzen zu lassen und habe mich wegen der Kürze der Zeit erst nachträglich verständigt. Da das Verhalten sachlich begründet war, habe weder ich noch der Organisationssekretär etwas eingewandt.

3.) Als letzter Grund schliesslich wurde genannt "Fraktionelle Tendenzen", aber ohne einzigsten konkreten Beweis. Zweck und Sinn des nachfolgenden Parteiverfahrens war es diesen fehlenden konkreten Beweis wenigstens nachträglich zu erbringen. Mit welchem Erfolg ist bekannt. Drei Monate lang wurde das Verfahren vorbereitet, vier Wochen hat es gedauert und musste schliesslich eingestellt werden. Die "Fraktionellen Tendenzen", die "fraktionelle Einstellung" hat sich als einfache Behauptung erwiesen, für die nicht die Spur eines Beweises erbracht werden konnte.

D.

Was die Enthabung als Administrationsleiter betrifft, so ersuche ich <sup>schrift</sup> alle Mitglieder des Z.K. insbesondere aber die Genossen der Provinz, die ~~fachlichen~~ <sup>5</sup> ~~Tätigkeits~~ <sup>5</sup> ~~berichte~~, die ich alle Monate vorlegte, durchzulassen. Sie sollen unvoreingenommen und zwar nicht auf Grund von Redensarten, sondern auf Grund von Dokumenten meine 5 monatige Tätigkeit als Administrationsleiter und die Ergebnisse dieser Tätigkeit überprüfen: In den 5 Monaten hat der "Saboteur" Frey den Absatz der R. F. gesteigert trotz der verschiedensten Widerstände auf die er stiess. Und sie sollen prüfen (aber wirklich prüfen!) wie es nach der Enthabung Freys mit dem Absatz der R.F. ausschaut ~~und~~. Ich habe konsequente Ersparungspolitik getrieben. Meine ersten konkreten Versuche in dieser Richtung stiessen auf Widerstand, meine Ersparungsvorschläge wurden als "Sabotage" der R.F. missdeutet. Was "Sabotage" war, solange es Freys Vorschlag, das wurde nach der Enthabung Freys durchgeführt. *Ich habe durch den Vertragsabschluss März-April die Rote Fahne und die Partei aus einer wirtschaftlich und juristisch gefährlichen Situation herausgeführt.* Richtig ist, dass ich von Bankrottwirtschaft gesprochen. Eine Wirtschaft die mehr ausgibt, als Einnahmen und Zuschüsse vertragen, ist Bankrottwirtschaft.

Weiter: Ich habe unsere Wirtschaft so charakterisiert, nicht gegenüber einem Fremden, sondern gegenüber einem Genossen. Und nicht gegenüber einem beliebigen Genossen. Wenn eine kommunistische Institution, bei einer anderen kommunistischen Institution pumpen geht, so ist es selbstverständlich, dass sie nichts vormachen darf, sondern verpflichtet ist, reinen Wein einzuschenken.

Schliesslich, ich habe reinen Wein eingeschenkt, einzig und allein zu dem Zwecke, um diese (kommunistische!) Stelle, von dem Ernst zu überzeugen, mit dieser Wirtschaft zu brechen und gerade dadurch zu bewegen uns nach den achtmaligen schlechten Erfahrungen (von denen diese Stelle sprach) nun doch noch einmal zu borgen.

E.

Hätte ich die Möglichkeit, Euch im Detail Punkt für Punkt alles erläutern zu können, das Resultat wäre ~~verpflichtend~~ <sup>schon unangenehm</sup> für alle Behauptungen und "Beweise", die beigebracht wurden. Ich glaube aber, dass auch diese allgemeinen Ausführungen genügen, um zu zeigen

1.) Dass parteigerichtliche Methoden angewendet werden, die unmöglich sind und die im Interesse der Partei abgestellt werden müssen.

2.) Dass meine Enthebung von der Administration ungerechtfertigt war. Ich ersuche das erweiterte Z. K. den Beschluss, den es in voriger Sitzung <sup>g</sup> gefasst hat, aufzuheben.

3.) Dass, alles was zur Begründung meiner Suspendierung als zentraler Bildungsleiter, Bezirksobmann und von allen Parteifunktionen überhaupt, erfolgt ist

a) ohne dass ich die Möglichkeit hatte, mich dagegen zu verteidigen ,

b) auf Grund blosser Behauptungen, für die auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht wurde.

Ich ersuche das erweiterte Z.K. diesen Beschluss aufzuheben.

Wien, am 20. September 1926.

Mit kommunistischem Gruss